



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreisausschuss

Es informiert Sie:	Nico Hüsgen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	nico.huesgen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 16.07.2025

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 03.07.2025, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum
1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Detlef Ehlert

Jens Geyer

Alexandra Gräber

Brigitte Hagling

Dr. Bernhard Ibold

Ingmar Janssen

Rudolf Joseph

Andreas Kanschat

Martina Köster-Flashar

Gerd Lungen

Günter Pollmann

Dieter Roeloffs

Carola Rotert

Rainer Schlottmann

Udo Switalski

Hartmut Toska

bis 18:07 Uhr

Verwaltung

Philipp Gilbert

Daniela Hitzemann

Yara Hoppe

Nico Hüsgen

Dr. Stephan Kopp

bis TOP 4

Andrea Pannen
Jutta Pilz
Claudia Rügemer
Torsten Schams
Martin Schlüter
Christian Schölzel
Dr. Michael Sus
Gabriele van Eck
Laura Wachsmann

bis TOP 4

Gäste

Achim Stams
Nicole Thiele

bis TOP 4
bis TOP 4

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.04.2025
3. Informationen der Verwaltung
4. Fortschreibung des Personalmanagementkonzeptes - Entwicklung eines Personalentwicklungskonzeptes 11/007/2025
5. Landesförderung der Sozialen Arbeit an Schulen ab 01.08.2025 40/016/2025
6. Bebauungsplan 267 „Westring/Schalbruch“ der Stadt Hilden, Beteiligung gemäß § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch und § 20 Absatz 4 Landesnaturschutzgesetz NRW 61/030/2025
7. Nachtragsstellenplan 2025 10/007/2025
8. Befreiung von der Erstellung des Gesamtabchlusses 2024 20/002/2025
9. Behandlung der Bilanzierungshilfe ab dem Jahr 2026 20/008/2025
10. Schulentwicklungsplanung Berufskollegs - Einrichtung des Bildungsgangs "Zweijährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie den schulischen Teil der Fachhochschulreife im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften Schwerpunkt Elektrotechnik" am Adam-Josef-Cüppers Berufskolleg Ratingen 40/013/2025

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 11. | Umzug des Förderzentrums Mitte, Standort Erkrath, an den Campus Sandheide | 40/014/2025 |
| 12. | Investitionszuschuss für die Umgestaltung in Schloss Hardenberg | 41/007/2025 |
| 13. | Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann – weitere Ergänzung wegen Veränderungen in der Krankenhaushauslandschaft | 38/006/2025 |
| 14. | Ergänzung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann: Aufwertung der Linie SB19 zu einer XBus-Linie (Projekttitel: X15) | 61/027/2025 |
| 15. | 3. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW | 61/029/2025/1 |
| 16. | Prüfung der Gründung einer Kreiswohnungsgenossenschaft
Hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 14.05.2025 | 20/005/2025 |
| 17. | Einrichten eines Fahrradverleihs am Bahnhof Neandertal;
Hier: Antrag der Fraktion Piraten plus vom 14.05.2025 | 61/024/2025 |
| 18. | Leicht zugängliche Verhaltensregeln bei Starkregen und Hochwasser auf der Homepage des Kreises; hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 14.05.2025 | 61/026/2025 |
| 19. | Bau einer Radwegeverbindung Windrather Str.
Hier: Anregung vom 01.06.2025 gemäß § 21 KrO NRW i.V.m. § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann | 01/008/2025 |
| 20. | Optimierung des ÖPNV im Zuge der Sanierungsmaßnahmen auf der A59
Hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates | 01/010/2025 |
| 21. | Resolution an die Landesregierung – Abschaffung der Kita-gebühren
Hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 14.05.2025 | 01/007/2025 |
| 22. | Nachträge | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 23. | Informationen der Verwaltung | |
| 24. | Beförderungen von Amtsleitungen | 11/006/2025 |
| 25. | Vergabe von Aufträgen über 800.000€ netto
Hier: Lieferung von preisgebundenen Schulbüchern für 11 Schulen (mit insgesamt 15 Standorten) des Kreises Mettmann für die Schuljahre 2025/2026 und 2026/2027 mit der Option zur Verlängerung für die Schuljahre 2027/2028 und 2028/2029 | 40/010/2025 |

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 26. | Vergabe von Aufträgen über 800.000€ netto
Hier: Ausschreibung der Mittagsverpflegung der Schule an der Virneburg, der Helen-Keller-Schule und der Schule am Thekbusch für das Schuljahr 2025/2026 mit der Option zur Verlängerung für die Schuljahre 2026/2027, 2027/2028 sowie 2028/2029 | 40/011/2025 |
| 27. | Beschaffung von Verbrauchsmaterial für den Rettungsdienst | 38/007/2025 |
| 28. | Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur Sanierung der K 11
Hier: Entscheidung über die Sanierungsvariante und ein daraus resultierendes Vergabeverfahren | 23/006/2025/1 |
| 29. | Grundsatzbeschluss zur Liegenschaft "Kasernenstraße" in Düsseldorf | 20/009/2025 |
| 30. | Nachträge | |

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Zur Anwesenheit erklärt er, dass KA Hruschka durch KA Rotert, KA Madeia durch KA Switalski, KA Vielhaus durch KA Lungen und KA Reimann durch KA Toska vertreten werden. Sodann stellt er die Anwesenheit und anschließend die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung erklärt Landrat Hendele, dass diese nach der Einladung nicht erweitert worden sei.

Gleichwohl weist er darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt 15 „3. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW“ eine Ergänzungsvorlage vorliege.

Darüber hinaus fragt er, ob Tagesordnungspunkt

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 17. | Einrichten eines Fahrradverleihs am Bahnhof Neandertal;
Hier: Antrag der Fraktion Piraten plus vom 14.05.2025 | 61/024/2025 |
|-----|--|-------------|

von der Tagesordnung abgesetzt werden könne, da der Antrag im zuständigen Fachausschuss bereits einstimmig abgelehnt worden sei. Alle anwesenden Mitglieder des Kreisausschusses zeigen sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Sodann fragt Landrat Hendele, ob ad hoc Änderungs-/Ergänzungswünsche zur Tagesordnung bestehen. Da dies nicht der Fall ist, stellt er die Tagesordnung fest.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.04.2025

Die Niederschrift über die Sitzung vom 03.04.2025 wird genehmigt.

Zu Punkt 3:	Informationen der Verwaltung
--------------------	-------------------------------------

Landrat Hendele stellt fest, dass keine öffentlichen Informationen der Verwaltung vorliegen.

Zu Punkt 4:	Fortschreibung des Personalmanagementkonzeptes - Entwicklung eines Personalentwicklungskonzeptes - Vorlage Nr. 11/007/2025
--------------------	---

Landrat Hendele begrüßt Frau Thiele und Herrn Stams von der Firma PME und übergibt ihnen das Wort. Darüber hinaus verweist er auf das äußerst positive Feedback der Beamtinnen und Beamten hinsichtlich der Entscheidungen des Kreistages, stets Beförderungen zu ermöglichen und entsprechende Finanzmittel bereitzustellen.

Herr Stams und Frau Thiele stellen anhand der vorliegenden Präsentation (s. Anlage zur Vorlage) die Ergebnisse des Gutachtens in kompakter Form vor.

KA Gräber fragt, ob neben internen Prozessen auch die nach außen gerichteten Maßnahmen betrachtet worden seien (Recruiting). Darüber hinaus fragt sie nach der Akzeptanz der Maßnahmen im Haus und ob politische Unterstützung notwendig sei.

Frau Thiele antwortet, dass das Recruiting, aber auch zahlreiche weitere Maßnahmen im gesamten Gutachten betrachtet und benannt worden seien.

Herr Stams ergänzt die Wichtigkeit von einerseits Onboarding-Prozessen, andererseits aber auch Maßnahmen der Personalbindung. Letztgenannte seien gerade im Kreis Mettmann aufgrund der immensen Konkurrenzsituation durch umliegende Kommunen relevant.

KA Köster-Flashar weist auf den demografischen Wandel hin und fragt, wie Wissenstransfer und Wissensmanagement verankert werden können, woraufhin Frau Thiele das kollegiale Lernen und die Bedeutung von Offboarding-Prozessen hervorhebt.

KA Geyer bedankt sich für den Vortrag und fragt nach geplanten Mitarbeiter- und Führungszufriedenheitsbefragungen. Er regt eine externe, stringente Prozessbeteiligung an und schlägt vor, dass der Kreistag hierfür Mittel bereitstelle.

Herr Stams stimmt der Bedeutung von Befragungen zu, betont jedoch, dass die Ableitung und Umsetzung konkreter Maßnahmen aus den Ergebnissen noch wichtiger seien. Hierfür seien ebenfalls zusätzliche Finanzmittel erforderlich.

KA Dr. Ibold erkundigt sich nach der Berücksichtigung „weicher Faktoren“ im Gutachten, was von Herrn Stams bejaht wird.

KA Roeloffs fragt, ob auch der Wissensverlust durch ausscheidende Mitarbeitende untersucht worden sei. Herr Stams erklärt, dass hierzu keine Zahlen vorliegen, das Thema jedoch in Interviews aufgegriffen worden sei und Offboarding-Prozesse daher besonders wichtig seien.

Landrat Hendele weist auf die begrenzten Mittel im Personalkostenbudget des Kreises hin und merkt an, dass zusätzliche Maßnahmen im Offboarding-Prozess, wie eine Einarbeitung durch den bisherigen Stelleninhaber, nur in Ausnahmefällen finanzierbar seien.

Auf die Nachfrage von KA Ehlert antwortet Landrat Hendele, dass der Personalrat von Anfang an in den Prozess eingebunden worden sei.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Präsentation und damit verbundenen Ausführungen sowie Inhalte der Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 5:	Landesförderung der Sozialen Arbeit an Schulen ab 01.08.2025 - Vorlage Nr. 40/016/2025
--------------------	---

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Zur Nutzung der Fördermittel des Landes zur Weiterführung von Schulsozialarbeit wird folgender Beschluss gefasst:

Der Kreis Mettmann nutzt die Zuwendung nach Maßgabe der Richtlinie über die Förderung von Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.05.2025 für den Förderzeitraum 01.08.2025 bis 31.07.2028.

Die hierfür seitens des Landes Nordrhein-Westfalen schuljahresscharf zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 1.296.057,01 € werden im Kreishaushalt vereinnahmt und zzgl. des Eigenanteils in Höhe von 324.014,25 € für die Finanzierung der Maßnahme verwendet. Der Gesamtbetrag in Höhe von 1.620.071,26 € wird an die kreisangehörigen Städte weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6:	Bebauungsplan 267 „Westring/Schalbruch“ der Stadt Hilden, Beteiligung gemäß § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch und § 20 Absatz 4 Landesnaturschutzgesetz NRW - Vorlage Nr. 61/030/2025
--------------------	---

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Bebauungsplanung der Stadt Hilden wird nicht widersprochen, mit der Folge, dass mit Inkrafttreten des Bebauungsplans 267 „Westring/ Schalbruch“ die widersprechenden Darstellungen des Landschaftsplans gemäß Punkt 2.3 dieser Vorlage außer Kraft treten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7:	Nachtragsstellenplan 2025 - Vorlage Nr. 10/007/2025
--------------------	--

Landrat Hendele erläutert den Hintergrund des Nachtragsstellenplans und dabei insbesondere die Aufschaltung der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein auf die Kreisleitstelle.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Nachtragsstellenplan 2025 wird mit den Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8:	Befreiung von der Erstellung des Gesamtabchlusses 2024 - Vorlage Nr. 20/002/2025
--------------------	---

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stellt das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabchlusses 2024 gem. § 116a GO NRW i.V. m. § 53 Abs. 1 KrO NRW fest und beschließt auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2024 zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9:	Behandlung der Bilanzierungshilfe ab dem Jahr 2026 - Vorlage Nr. 20/008/2025
--------------------	---

Kreiskämmerer Schölzel verweist auf die Inhalte der Vorlage und den ausgewiesenen Verwaltungsvorschlag. Die im Rahmen der Corona-Pandemie sowie der Ukraine-Krise jährlich angefallenen Kosten seien seinerzeit nicht – wie eigentlich üblich – in die jeweilige Kreisumlage eingerechnet, sondern insgesamt isoliert worden. Hieraus resultiere nun eine Gesamtsumme in Höhe von rund 30 Mio. €.

KA Joseph blickt auf eine schwierige Entscheidungsfindung in den zurückliegenden Wochen zurück. Er kritisiert, dass sich die kommunale Familie in dieser Debatte gegeneinandergestellt habe und so Fronten entstanden seien. Sicherlich sei insgesamt eine hohe Gesamtsumme aufgelaufen, allerdings habe die Kreisverwaltung auch hervorragende Arbeit geleistet. Im Ergebnis habe sich die FDP-Fraktion mehrheitlich dem Verwaltungsvorschlag und somit einer Abschreibung der isolierten Kosten über einen Zeitraum von 20 Jahren ausgesprochen. Abschließend bittet KA Joseph die übrigen Fraktionen ebenfalls um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

KA Gräber berichtet von langen und intensiven Beratungen in der CDU-Fraktion. Letztendlich habe sich eine breite Mehrheit für eine 20-jährige Abschreibung (= über eine Generation) ausgesprochen. Wäre den Forderungen der Städte in der Vergangenheit stets gefolgt worden, wäre das vorhandene Kapital des Kreises ohnehin bereits vollumfänglich aufgebraucht worden. Zugleich werde ein in dieser Höhe vergleichbarer Kapitalaufbau auf Kreisseite realistisch gesehen nie mehr möglich sein. Nicht zuletzt handele es sich bei der Bilanzierungshilfe um Ausgaben, die der Kreis im Sinne der Bürgerinnen und Bürger getätigt habe. Der Kreis sei hier klar in Vorleistung gegangen und habe gemeinsam die Bewältigung dieser außergewöhnlichen Herausforderungen gemeistert. Die Gesamtsumme könne als ein zinsloser Kredit des Kreises angesehen werden. Überdies rückt sie die in Rede stehenden 30 Mio. € in den Gesamtzusammenhang der von den Städten prognostizierten Haushaltsdefizite der kommenden Jahre. Diese summieren sich in der mittelfristigen Finanzplanung (bis 2028) auf nahezu 800 Mio. €. Eine Abschreibung der 30 Millionen Euro über einen Zeitraum von 20 Jahren bedeute eine jährliche Belastung von lediglich 1,5 Mio. €. Im Verhältnis zu den prognostizierten Gesamtdefizite stelle dieser Betrag eine vergleichsweise geringe zusätzliche Belastung dar. Mit dieser Summe allein können die grundlegenden strukturellen Haushaltsprobleme der Städte nicht gelöst werden.

KA Geyer informiert, dass die SPD-Fraktion für eine Ausbuchung gegen das Eigenkapital plädiere und sich entsprechend aussprechen werde.

Auch KA Hagling kündigt an, dass die Fraktion UWG-ME für eine Ausbuchung gegen das Eigenkapital stimmen werde. Gleichwohl stehe kurzfristig noch eine fraktionsinterne Beratung an.

KA Pollmann spricht sich für die AfD-Fraktion für eine lineare Abschreibung über 20 Jahre aus.

KA Kanschat erläutert, dass die Beratungen in und mit den Städten teilweise unsachlich und unangemessen geführt worden seien. Die Kreistagsmitglieder besitzen ein freies Mandat und können nicht zu einer gewissen Stimmabgabe gezwungen werden. Zudem zeichnen insgesamt rund 800 Mio. € Kapitalbedarf in den nächsten Jahren im Kontrast zu einer möglichen Einsparung von 1,5 Mio. € (bei Ausbuchung gegen das Eigenkapital) ein eindeutiges Bild. Mithin verweist KA Kanschat auf die vielen wichtigen (kostenintensiven) Themen bzw. Aufgaben des Kreises in den nächsten Jahren und rückt die Bedeutung interkommunaler Zusammenarbeit in den Vordergrund.

KA Janssen betont hingegen, dass den Städten auch kleinere Summen und eine damit verbundene Entlastung helfen würden. Er gewinne den Eindruck, einige Fraktionen gingen davon aus, dass die Städte finanziell bereits so stark belastet seien, sodass eine geringe Entlastung durch den Kreis derzeit keinen entscheidenden Unterschied mehr bewirken würde. Abschließend informiert er, dass die Fraktion PIRATEN plus dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen werde.

Landrat Hendele führt aus, dass es sich bei den 30 Mio. € um konsumtive Ausgaben handele, die bereits damals hätten beglichen werden müssen. Landesseitig sei zur damaligen Zeit die Möglichkeit einer bilanziell anderen Verbuchung geschaffen worden, sodass die Mittel nicht in die jeweilige jährliche Kreisumlage einfließen mussten und die Städte zu dieser Zeit nicht zusätzlich belastet wurden. Damit sei de facto bereits eine erste Kreditsituation zugunsten der Städte entstanden. Die nun vorgesehene Abschreibung über 20 Jahre stelle eine weitere zinslose Kreditsituation für die Städte dar. Zudem weist er darauf hin, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass Aufgaben (u.a. Jugendamt, Bauamt, Rettungsdienst) auf den Kreis übergehen werden, wenn Städte diese Leistungen nicht mehr eigenständig erbringen können. Dies werde zu erheblichen zusätzlichen Kosten für den Kreis führen. Ohne eine solide kreisseitige Kapitalsituation seien die Handlungsspielräume des Kreises auch hier deutlich eingeschränkt. Die Verwaltungsführung sei sich daher einig gewesen, dass mit der 20-jährigen Regelung Rücksicht auf die Städte genommen werde, da die Mittel nicht auf einmal fällig gestellt würden. Bei einer direkten Fälligkeitstellung in einem Jahr hätte dies zu mehreren Prozentpunkten Erhöhung bei der Kreisumlage geführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die über die Bilanzierungshilfe isolierten corona- und ukrainebedingten Schäden in Höhe von 30.219.754,02 € gegen das Eigenkapital des Kreises auszubuchen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

(bei 2 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion, 1 Ja-Stimme der UWG-ME-Fraktion und 1 Ja-Stimme der Fraktion PIRATEN plus)

Sodann lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag aus der Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, dass die über die Bilanzierungshilfe isolierten corona- und ukrainebedingten Schäden in Höhe von 30.219.754,02 € gem. § 6 NKF-CIG ab dem Jahr 2026 auf 20 Jahre linear abgeschrieben werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

(bei 2 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion, 1 Nein-Stimme der UWG-ME-Fraktion, 1 Nein-Stimme der Fraktion PIRATEN plus)

**Zu Punkt 10: Schulentwicklungsplanung Berufskollegs - Einrichtung des Bildungsgangs "Zweijährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie den schulischen Teil der Fachhochschulreife im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften Schwerpunkt Elektrotechnik" am Adam-Josef-Cüppers Berufskolleg Ratingen
- Vorlage Nr. 40/013/2025**

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Einrichtung des Vollzeit-Bildungsganges „Zweijährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie den schulischen Teil der Fachhochschulreife im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften Schwerpunkt Elektrotechnik“ gemäß APO-BK Anlage C 2 (APO-BK) am Adam-Josef-Cüppers Berufskolleg Ratingen, Minoritenstr. 10, 40878 Ratingen, Schulnummer 173 563, zum Schuljahr 2026/2027 (01.08.2026), einzügig.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 11: Umzug des Förderzentrums Mitte, Standort Erkrath, an den Campus Sandheide
- Vorlage Nr. 40/014/2025**

KA Kanschäts lobt, dass sich das Projekt „Campus Sandheide“ quasi auf der Zielgerade befindet und bedankt sich in diesem Zusammenhang für die exzellente Arbeit des zuständigen Amtes für Hoch- und Tiefbau.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Umzug des Förderzentrums Mitte, Teilstandort Rathelbeckerweg 45 – 47, 40699 Erkrath, Förderschule des Kreises Mettmann im integrativen Verbund mit den Förderschwerpunkten Emotionale und soziale Entwicklung sowie Lernen - Primar- und Sekundarstufe I und dem Förderschwerpunkt Sprache – Primarstufe, Schulnummer 199746, zum 01.08.2026 an den Campus Sandheide in Erkrath.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 12:	Investitionszuschuss für die Umgestaltung in Schloss Hardenberg - Vorlage Nr. 41/007/2025
---------------------	--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Ausstellung im Naturerlebniszentrum im historischen Schloss Hardenberg in Velbert-Neviges mit einem einmaligen Investitionskostenzuschuss von 1.100.000 € anteilig mitzufinanzieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 13:	Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann – weitere Ergänzung wegen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft - Vorlage Nr. 38/006/2025
---------------------	---

Herr Schams führt aus, dass die aktuellen Veränderungen bei der Krankenhausversorgung im Kreis Mettmann – konkret die von der GFO-Klinik Mettmann-Süd angekündigte Schließung der Zentralen Notaufnahme (ZNA) am Standort Langenfeld bzw. die Zentralisierung der Notaufnahme am Standort Hilden noch in diesem Jahr – zwingend eine weitere Anpassung der bestehenden Rettungsdienstbedarfsplanung mit Auswirkungen auf mehrere Städte innerhalb des Kreises Mettmann erfordern. Es seien auf Grundlage aktueller Zahlen der Kreisleitstelle eine Neubewertung unter Berücksichtigung der längeren Transportwege des Rettungsdienstes in umliegende Kliniken durchgeführt und Kompensationsmaßnahmen entwickelt worden (Erhöhung der Rettungsmittelvorhaltung; Erhöhung Personalbedarf). Ersichtlich sei, dass die Umsetzung bei den betroffenen Trägern rettungsdienstlicher Aufgaben zu immensen Problemen führen werde, sowohl in personeller als auch in baulicher und finanzieller Hinsicht. Der Kreis habe die kreisangehörigen Städte angeschrieben und gebeten, den leider unumgänglichen Weg der Anpassung der Bedarfsplanung mitzugehen und ihr Einverständnis zur vorliegenden Ergänzung zu erklären. Zugleich werde der Kreis sämtliche ihm mögliche Unterstützungsmaßnahmen ergreifen.

KA Köster-Flashar verweist auf die Novelle des Rettungsdienstgesetzes; damit verbunden seien große Aufgaben für den Kreis zu. Zudem bedankt sie sich bei der Verwaltung für die bisherigen und auch weitergehenden Informationen.

Auf die Nachfrage von KA Hagling antwortet Herr Schams, dass noch kein offizielles Einverständnis der Städte Langenfeld, Hilden und Monheim am Rhein eingegangen sei, allerdings auf der Arbeitsebene bereits positive Signale vernommen werden konnten.

Landrat Hendele verdeutlicht nochmals die bei der gegenwärtigen Entwicklung auf den Kreis zukommenden Aufgaben (u.a. Trägerschaft für den Rettungsdienst, Personal, Liegenschaften).

KA Geyer verweist auf die abnehmende hausärztliche Versorgung. Viele Ärztinnen und Ärzte gehen in Rente. Dieses Szenario werde zu einer landesweiten Unterversorgung führen. Aus diesem Grunde sei zeitnah konkreter über ein medizinisches Versorgungszentrum in Trägerschaft des Kreises nachzudenken.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigefügte weitere Ergänzung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann vom 13.12.2021 wird unter dem Vorbehalt der Erklärung des Einverständnisses der Verbände der Krankenkassen sowie der betroffenen Städte Langenfeld, Hilden und Monheim am Rhein beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 14: Ergänzung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann: Aufwertung der Linie SB19 zu einer XBus-Linie (Projekttitle: X15)
- Vorlage Nr. 61/027/2025**

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der in der Sachverhaltsdarstellung beschriebenen Aufwertung der Linie SB19 zu einer XBus-Linie (Projekttitle: X15) wird zugestimmt.
2. Die Linie X15 wird mit Beschlussfassung durch den Kreistag Bestandteil des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann.
3. Busverkehr Rheinland sowie die Rheinbahn werden mit der betrieblichen Umsetzung der Linie X15 betraut.
4. Die konkrete betriebliche Umsetzung der Linie X15 steht unter dem Vorbehalt
 - a. entsprechender Ratsbeschlüsse durch die mitbedienten Gebietskörperschaften,
 - b. der verbindlichen Zusage einer hundertprozentigen Förderung aller für den durchgängigen verlässlichen Betrieb der Linie X15 notwendigen Elektrobusse durch den VRR sowie
 - c. der abschließenden Klärung aller relevanten vergaberechtlichen Modalitäten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 15: 3. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW
- Vorlage Nr. 61/029/2025/1**

Eingangs verweist Herr Dr. Kopp auf die Ergänzungsvorlage sowie die umfangreichen Erläuterungen zum Landesentwicklungsplan NRW.

KA Köster-Flashar lobt die Ergänzungsvorlage und bedankt sich bei Herrn Dr. Kopp und seinem Team für die intensive Arbeit.

KA Janssen schließt sich dem Lob an. Trotzdem werde sich die Fraktion PIRATEN plus in der heutigen Sitzung bei der Abstimmung enthalten, da sich die Fraktion noch keine abschließende Meinung über die Ergänzungsvorlage habe bilden können.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die von der Verwaltung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur 3. Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) NRW ausgearbeitete Stellungnahme (s. Anlage dieser Vorlage) wird mitgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

(bei 1 Enthaltung der Fraktion PIRATEN plus)

Zu Punkt 16: Prüfung der Gründung einer Kreiswohnungsgenossenschaft
Hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 14.05.2025
- Vorlage Nr. 20/005/2025

KA Janssen schildert kurz den Kerngedanken des Antrags der Fraktion PIRATEN plus, dessen Umsetzung er in der Sache für dringend notwendig hält, in der Art und Weise aber einem Verwaltungsvorschlag als Ergebnis eines politischen Prüfauftrages vorbehalten sehen möchte.

KA Gräber weist darauf hin, dass Kreistag und Kreisverwaltung sich bereits mehrfach und intensiv mit diesem Thema beschäftigt haben. Im Rahmen kreativer Runden seien Handlungsoptionen beleuchtet worden, wobei sich die klare Erkenntnis ergeben habe, dass hier nur die kreisangehörigen Städte den Hut aufhätten. Dieser Antrag mache sich sicherlich schön in der Außendarstellung, sei allerdings nicht umsetzbar. Die CDU-Fraktion werde sich dem Antrag daher nicht anschließen.

KA Joseph bestätigt, dass Wohnraumschaffung und Wohnraumerhalt elementare Aufgaben der kreisangehörigen Städte seien, zumal der Kreis über keine diesbezüglichen Grundstücke bzw. Immobilien verfüge. Er teile zwar die grundsätzliche Bedarfseinschätzung von KA Janssen, halte aber eher eine Stärkung der städtischen Wohnungsbaugenossenschaften für sinnvoll. Eine kritische Betrachtung des Status Quo sei geboten mit Blick auf den Wegfall von Mietpreisbindungen für Sozialwohnungen, die vielfach fehlbelegt seien.

KA Kanschat hält ebenfalls das Thema für wichtig, bewertet die Gründung einer Kreiswohnungsgenossenschaft aber als ein falsches Instrument. Die Entwicklung einer Konkurrenzsituation mit den kreisangehörigen Städten sei ein untauglicher Plan, der scheitern müsse.

KA Geyer teilt die generelle Ablehnungshaltung der Vorredner nicht. Die Verwaltung solle – einem breit und offen angelegten Prüfauftrag folgend – die Möglichkeiten doch einmal ausloten und großräumig denken. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Landrat Hendele erinnert an den großen Workshop mit zahlreichen Akteuren und Netzwerkpartnern aller Ebenen, den die Verwaltung als Folge politischer Vorgaben im Jahr 2018 organisiert hatte. Eindeutige Erkenntnis sei es gewesen, dass von allen Beteiligten auf diesem Feld keine Kreiskompetenz gesehen worden sei. Er nennt die drei fundamentalen städtischen Zuständigkeiten bzw. Aktionspotentiale: die Schaffung von Planungsrecht, die Bereithaltung von Flächen bzw. Grundstücken sowie die Erteilung von Baugenehmigungen. Die Instrumente zur wirksamen Bekämpfung von Wohnungsnot lägen somit bei den kreisangehörigen Städten bzw. bei den starken und einflussreichen Wohnungsbaugenossenschaften vor Ort. Der Aufbau einer Bürokratie auf Kreisebene, die keine Effekte erzielen könne, betrachte er als sinnlos.

Auch KA Roeloffs hält eine Subventionierung mit bürokratischem Aufwand durch den Kreis nicht für zielführend.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Gründung einer Kreiswohnungsgenossenschaft zu prüfen, die vorrangig zum Verkauf stehende Immobilien (Mehrfamilienhäuser) aufkauft und damit be-

zahlbaren Wohnraum langfristig erhält. Mitglied sollten kreisangehörige Städte, Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Organisationen und Bürger sein können.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

(bei 2 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion und 1 Ja-Stimme der Fraktion PIRATEN plus)

Zu Punkt 17:	Einrichten eines Fahrradverleihs am Bahnhof Neandertal; Hier: Antrag der Fraktion Piraten plus vom 14.05.2025 - Vorlage Nr. 61/024/2025
---------------------	--

Dieser Tagesordnungspunkt wurde – wie unter Tagesordnungspunkt 1.5 festgestellt – von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Punkt 18:	Leicht zugängliche Verhaltensregeln bei Starkregen und Hochwasser auf der Homepage des Kreises; hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 14.05.2025 - Vorlage Nr. 61/026/2025
---------------------	--

Herr Dr. Kopp berichtet über die einstimmigen Vorberatungen des zuständigen Ausschusses für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz. Zugleich habe der Ausschuss die Kreisverwaltung gebeten, bei den kreisangehörigen Städten anzuregen, auch auf den städtischen Websites eine entsprechende Verlinkung aufzunehmen.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zeitnah und vor allem leicht zugänglich Verhaltensregeln bei Starkregen und Hochwasser auf der Homepage des Kreises zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 19:	Bau einer Radwegeverbindung Windrather Str. Hier: Anregung vom 01.06.2025 gemäß § 21 KrO NRW i.V.m. § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 01/008/2025
---------------------	---

Herr Dr. Kopp verweist auf die Beratungen der grundsätzlichen Thematik in den Bauausschusssitzungen im 1. und 2. Quartal dieses Jahres (VO: 23/006/2025 bzw. 23/006/2025/1). Auch wenn sich die vorliegende Anregung bei der entsprechenden Vorlage in der Bauausschusssitzung vom 16.06.2025 nicht auf der Tagesordnung befunden habe, habe der Bauausschuss die Inhalte der Anregung dennoch mitberaten.

KA Gräber und KA Kanschäat führen gemeinsam aus, dass sich die CDU-Fraktion sowie Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN im Rahmen eines Vor-Ort-Termins einen Eindruck verschafft haben. Keiner der Anwohnerinnen und Anwohner habe sich für eine Radwegeanbindung (und damit Verbreiterung um 3m) ausgesprochen. Vielmehr solle der Radverkehr auf der weniger stark frequentierten Straße in einem sicheren Rahmen – u.a. im Kontext der Geschwindigkeit – ermöglicht werden.

Auf die Nachfrage von KA Janssen antwortet Herr Dr. Kopp, dass die Anregung gemäß § 16 der Hauptsatzung des Kreises zunächst formal in den zuständigen Kreisausschuss einfließe;

gleichwohl sei die Anregung durch den Petenten an den Bauausschussvorsitzenden versendet worden, sodass diese in der Bauausschusssitzung inhaltlich mit beraten werden konnte. Allerdings sei dem Anregungsinhalt abschließend nicht gefolgt worden.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag aus der Anregung abstimmen.

Beschluss:

Es wird ein gesicherter Radweg bzw. ein separater Fahrstreifen für Radfahrerinnen und Radfahrer im Rahmen der geplanten Sanierung der Windrather Straße zwischen der Nordrather Str. und der Siebeneicker Str. in Velbert geplant und gebaut.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Zu Punkt 20: Optimierung des ÖPNV im Zuge der Sanierungsmaßnahmen auf der A59
Hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates
- Vorlage Nr. 01/010/2025

Herr Dr. Kopp erläutert, dass in der Angelegenheit Tempo geboten sei und die Verwaltung daher eine Annahme und unmittelbare Beschlussfassung der Anregung empfehle. Die in der Anregung geäußerten Bedenken würde die Verwaltung auch beim Verkehrsverbund Rhein-Ruhr vortragen.

KA Dr. Ibold verweist auf einige entsprechende Initiativen in der Stadt Langenfeld (Rat der Stadt Langenfeld, Industrieverein Langenfeld e.V. etc.).

KA Gräber führt aus, dass sich die CDU-Fraktion der Anregung anschließe und befürwortet die heutige Annahme und sofortige Beschlussfassung. Zudem bedankt sie sich bei der Verwaltung für die Schnelligkeit.

KA Ehlert begrüßt die Anregung und die damit verbundenen Inhalte.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag aus der Anregung abstimmen.

Beschluss:

1. Im Zuge der Baumaßnahmen auf der A59 wird die Kreisverwaltung beauftragt, sich beim VRR für eine Taktverdichtung des SPNV auf der Strecke Langenfeld – Düsseldorf (bspw. durch Wiedereinführung der Linie S68) sowie auf der Strecke Solingen - Hilden - Düsseldorf (bspw. durch Zusatzzüge auf der Linie S1) einzusetzen.
2. Zudem wird die Kreisverwaltung beauftragt, zu prüfen, inwiefern während der Baumaßnahmen auf der A59 eine kürzere Taktung der Linien SB57, 790 und 789 in den Stoßzeiten möglich ist.
3. Zudem wird die Lage durch die Kreisverwaltung mit den betroffenen Städten und Verkehrsunternehmen während der Sperrungen regelmäßig (mindestens monatlich) evaluiert und die geeigneten Maßnahmen getroffen, um die Zuverlässigkeit des betroffenen ÖPNV so hoch wie irgend möglich zu halten.

4. Die Kreisverwaltung wird insbesondere beauftragt, gemeinsam mit den betroffenen Verkehrsunternehmen und Städten geeignete Maßnahmen zu erarbeiten und zu prüfen, die im Falle hoher Verkehrsbelastungen die Betriebsstabilität im ÖPNV erhöhen können

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 21: Resolution an die Landesregierung – Abschaffung der Kitagebühren
Hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 14.05.2025
- Vorlage Nr. 01/007/2025

KA Janssen führt die Hintergründe des Antrages aus und erklärt, dass die Verwaltung nach (pauschaler) Beschlussfassung einen konkreten Textvorschlag ausarbeiten und sodann zur Beschlussfassung im Kreistag unterbreiten könnte.

KA Ehlert betont, dass eine Resolution nur sinnvoll sei, wenn eine breite Zustimmung für die Thematik oder zumindest nur wenige Gegenstimmen bestehen.

KA Gräber fragt, weshalb sich der Kreis mit dieser Thematik befassen solle bzw. was der Kreis hier konkret beitragen könne, außer sich zu einem Thema zu äußern, für welches er gar keine Zuständigkeit besitze.

KA Janssen verweist auf die Problematik der unterschiedlichen Kita-Beiträge in den kreisangehörigen Städten. Der Kreis könne sich u.a. hier koordinierend einbringen.

Für KA Kanschat ist in dieser Themenstellung kein geeigneter Ansatz des Kreises erkennbar. Vielmehr liege die Zuständigkeit klar auf Seiten der kreisangehörigen Städte. Die Materie könne allenfalls über die Kreistagsmitglieder mit in die städtische Ebene getragen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag aus der Anregung abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag verabschiedet eine Resolution (Textvorschlag siehe Anhang des Antrages) an die Landesregierung NRW zur Abschaffung der Kitagebühren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

(bei 1 Ja-Stimme der Fraktion PIRATEN plus und 2 Enthaltungen der SPD-Fraktion)

Nach der mehrheitlichen Ablehnung des Beschlussvorschlages informiert KA Janssen, dass die Fraktion PIRATEN plus den Antrag für die weitere Kreistagsberatung nicht aufrechterhalten werde.

Zu Punkt 22: Nachträge

Landrat Hendele stellt fest, dass keine öffentlichen Nachträge vorliegen.

Landrat Hendele stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:29 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Nico Hüsgen